

Kommentar Wirtschaftspolitik

2014/6 | 13. März 2014

Wirtschaftspolitische Gespräche: Die Zukunft der Europäischen Union

Im Fokus der „Wirtschaftspolitischen Gespräche“, einer Kooperation des Instituts für Höhere Studien und der WKÖ, stand am 13. März 2014 das Thema „Die Zukunft der Europäischen Union“.

Diskutiert wurden die Fragen, ob die neuen Regelungen und Institutionen ausreichen und welche weiteren Reformen notwendig seien, um die Vorteile der gemeinsamen Märkte besser auszuschöpfen, ob das Subsidiaritätsprinzip noch gelte, und, ob mehr Aufgaben zentralisiert und nationale Souveränität aufgegeben werden müssten.

**Von links nach rechts:**

Christian Keuschnigg (Direktor des IHS und Professor an der Universität St. Gallen)

Ursula Plassnik (Botschafterin in Frankreich und Außenministerin Österreichs 2004-2008)

Christoph Leitl (Präsident Wirtschaftskammer Österreich)

Daniel Gros (Direktor des Centre of European Policy Studies - CEPS)

In seinen einführenden Worten bekräftigte **Christoph Leitl**, Präsident der Wirtschaftskammer Österreich, dass die WKÖ immer ein Unterstützer der EU gewesen sei und weiterhin sein werde, Europa aber in Hinblick auf sein „Standing“ in der globalen Welt eine neue Positionsausrichtung und Orientierung nötig habe, denn: „Europa stellt nur 7% der Weltbevölkerung, erbringt 25% der Weltwirtschaftsleistung, kommt aber gleichzeitig für über 50% der weltweiten Sozialleistungen auf.“ Er betonte, dass die EU eine Friedens- und Zukunftsgemeinschaft sei. Gerade das Gemeinsame sei so bedeutend, denn bis 2030 werde kein europäisches Land mehr alleine unter den Top-10 Wirtschaftsnationen sein. Nur mit vereinten Kräften könne man sich unter die Top-3 (gemeinsam mit den USA und China) reihen. Weiters müsse Europa ein Entscheidungsträger in der globalen Welt bleiben. Darüber hinaus brauche es vermehrt Freihandelsabkommen, da man so Verbindungen knüpfen und einen Beitrag für den Frieden leisten könne. Die Wirtschaft müsse stets als Brücke und dürfe nie als Waffe verwendet werden, wie es etwa über Sanktionen geschehe. Sehr wichtig sei allerdings auch, auf die Erwartungen der Menschen einzugehen und etwa Problemstellungen im Gesundheits- und Pensionssystem anzusprechen. Um unsere hohen Standards für die Zukunft sichern zu können, muss eine bessere Kooperation in Europa entstehen. Europa verliert im globalen Kostenwettbewerb, weshalb es von umso größerer Relevanz ist, im „Dreieck“ von Kreativität, Innovation und Geschwindigkeit der Umsetzung weiter eine Spitzenposition zu behalten. Den größten Handlungsbedarf sieht Leitl beim weltweiten Finanzsystem und in der Frage der Jugendarbeitslosigkeit. Hier sei es von immenser Bedeutung, der Jugend eine Perspektive zu geben, da sonst auch die Zustimmung zum europäischen System nachhaltig verloren gehe.

Christian Keuschnigg verdeutlichte die Notwendigkeit der weiteren Vertiefung der Europäischen Union. Der Vorteil der EU bestehe im Zugang zu einem gemeinsamen Markt, allerdings benötige man ebenso eine gemeinsame Wettbewerbspolitik. Als wichtigen Schritt in die richtige Richtung deutete er die Implementierung der Bankenunion und des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM). Er machte aber auch klar, dass sich die Staaten innerhalb der EU die Frage stellen müssten, wieviel Souveränität tatsächlich notwendig sei.

Medieninhaber/Herausgeber:

Wirtschaftskammer Österreich
Stabsabteilung Wirtschaftspolitik
Leitung: Dr. Christoph Schneider
Wiedner Hauptstraße 63
1045 Wien
wko.at/wp
wp@wko.at

AutorInnen:

Mag. Bernhard Romstorfer
bernhard.romstorfer@wko.at

Mag. Birgit Ebenführer
+43 (0)5 90 900-4229
birgit.ebenfuehrer@wko.at

Shilten Palathunkal
shilten.palathunkal@wko.at

Daniel Gros, Direktor des CEPS, ging in seinen Ausführungen auf den aktuellen wirtschaftlichen Zustand der EU ein und betonte, dass die letzten fünf Jahre von der Wirtschaftskrise dominiert waren. Mittlerweile sei der Euro jedoch gerettet und die Euro-Krise vorbei, allerdings die Schuldenkrise noch nicht überstanden. In den kommenden fünf Jahren werde Europa mit den ‚Aufräumarbeiten‘ dieser Krise beschäftigt sein. Die Situation werde stabil bleiben, aber es werde kein großes Wachstum geben. Daniel Gros betonte, dass der Export der wichtigste Indikator sei, um das Wirtschaftswachstum voranzutreiben und wieder aus der Krise zu kommen. Problemländer in diesem Zusammenhang seien Italien und Griechenland, wo der Export stagniere. Laut Gros kehre die Finanzkrise nicht mehr wieder, da auch die südosteuropäischen Länder keine Leistungsbilanzdefizite mehr aufweisen. Er schilderte ein Problem, das insbesondere durch nordeuropäische Länder verursacht werde: Deren relativ stagnierende Binnennachfrage bei gleichzeitigen Exportüberschüssen ist zwar für diese Länder selbst akzeptabel, aber für die EU schaffe dies massive Erschwernisse. Überdies erklärte er, dass „der Euro kein Allerheilmittel, aber auch nicht Grund allen Übels“ sei. Er verglich auch die Situation der EU mit den USA und erläuterte, dass der Verschuldungsgrad in den USA stark zurückgefahren worden sei, während er in der EU noch gestiegen sei. In Bezug auf die europäische Finanz- und Eurokrise äußerte sich Gros eher kritisch zu den neuen wirtschaftspolitischen Steuerungsregeln der Europäischen Union. Positiv sehe er hingegen den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) und die Bankenunion. Gros bezeichnete sie als die wichtigsten und richtigen Schritte für die künftige Stabilisierung der europäischen Wirtschaft. Für die Zukunft sei so eine ex-ante Koordinierung der Wirtschaftspolitik sowie eine ex-post Evaluierung der Finanzstabilität geboten.

Ursula Plassnik, Österreichs Botschafterin in Paris und Außenministerin a.D., gab einen Überblick über die größten Herausforderungen, der die EU in den nächsten Jahren gegenüberstehen werde. Dies seien etwa die „Taktung“ der Eurozone mit 28 Ländern, eine möglicherweise notwendige Vertragsänderung, der steigende Migrations- und Innovationsdruck, die Entwicklung der Beziehungen zwischen Großbritannien und der EU sowie die Unabhängigkeitsbestrebungen von Schottland oder etwa Katalonien. Sie plädierte dafür, dass es der EU gelingen müsse, die „Rückkehr zum Bürger“ zu vollziehen. Der schleichende Vertrauensverlust werde sonst ein ernsthaftes Problem für die EU. „Wir alle müssen dafür in die Schulen, die Betriebe und die Gemeinden - also zu den Bürgern direkt - gehen“ forderte sie. Europa sei ein schwer verkäufliches Produkt geworden. Darüber hinaus müsse Europa wieder ein echter Partner im „Global Village“ werden, indem es bessere Außenpolitik betreibt. Gerade der Europäische Auswärtige Dienst müsse verstärkt in der europäischen Nachbarschaftspolitik eingesetzt werden, da man hier bisher - etwa durch zu viel Bürokratie - versagt habe. Generell dürfe man aber EU-Kritiker nicht automatisch als EU-Feinde einstufen. Die Angst, keine Stimme zu haben, gäbe es sowohl in kleinen wie auch in großen Mitgliedsstaaten. „Europa muss ein Kontinent der Zuversicht bleiben“ betonte sie.

SAVE THE DATE

5. Juni 2014 10-12 Uhr WKÖ, Skylounge	Fiscal Consolidation and Growth Alberto Alesina (Harvard University) Bernhard Felderer (Präsident des Fiskalrats)
16. Juni 2014 10-12 Uhr WKÖ, Skylounge	Steuern und Standortattraktivität“ James Poterba (MIT) Martin Feldstein (National Bureau of Economic Research)

Wirtschaftskammer Österreich
 Vertretungsbefugtes Organ:
 Präsident Dr. Christoph Leitl
 Tätigkeitsbereich: Information,
 Beratung und Unterstützung der
 Mitglieder als gesetzliche
 Interessenvertretung.
 Blattlinie: Die Kommentare
 Wirtschaftspolitik informieren
 regelmäßig über aktuelle
 wirtschaftspolitische
 Themenstellungen.
 Chefredaktion:
 Dr. Christoph Schneider
 Druck: Eigenvervielfältigung
 Erscheinungsort Wien
 Offenlegung: wko.at/offenlegung